

über die 6. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 30.09.2026

Sitzungsraum: Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789 Monheim am Rhein
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 21:40 Uhr

Anwesend:

Bürgermeisterin

Frau Sonja Wienecke

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Leon Barkey
Frau Anna Bergweiler
Frau Stefanie Böckmann
Herr Abdelmalek Bouzahra
Frau Melissa Dilara Ergen
Herr Malte Franke
Herr Fabian Glave
Herr Baboucarr Jobe
Frau Özge Kabukçu
Frau Joana Matika-Volkmann
Frau Janne Oberdieck
Herr Lucas Risse
Frau Bianca Rosenstetter
Herr Markus Schwind
Frau Monika Sprenglewski (bis TOP NÖ 1)
Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Heinz-Jürgen Goldmann
Herr Markus Gronauer
Frau Radojka Kamps
Herr Thomas Kehlinger
Frau Sabine Kittel
Frau Heike Klenner
Frau Dr. Angela Linhart
Herr Gerd Lohmann
Herr Michael Nagy
Frau Lina Schlupp
Herr Detlef Thedieck
Herr Peter Werner
Herr Nicolas Martin zur Nieden

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Lorenz Dombrowski
Herr Benjamin Kenzler
Herr Yannick Fabian Köpp
Frau Antje Obertreis
Herr Alexander Schumacher
Herr Christian Steinacker
Frau Alexandra Zabrodzki

Mitglieder der AfD-Fraktion

Herr Robert Brcinovic
Herr Heinrich Burghaus
Herr Mark Gallo
Frau Gabriele Ursula Schreier

Mitglieder der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen

Frau Melanie Beckers
Frau Dr. Sabine Lorenz
Herr Jens Mallwitz

FDP

Herr Martin Brand

DIE LINKE

Frau Pia Kops

von der Verwaltung

Herr Julian Briggmann
Frau Annika Dotor de Pradas
Herr Martin Frömmer
Herr Hans-Joachim Hamacher
Frau Regina Konrad
Herr Guido Krämer
Frau Ella Luff
Frau Nina Richter
Frau Nadin Sandig
Herr Jörg Sommerfeld

Schriftführer

Herr Robin Ziskofen

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder der PETO-Fraktion

Frau Kristina Vogel

Tagesordnung:

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlage Nr.
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit	
2	Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -	
3	Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner	
4	Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen - öffentlicher Teil -	XI/0391
5	Ausschuss- und Gremienbesetzungen infolge der veränderten Fraktionsstärken im Rat - Vorlage wird nachgereicht	XI/0386
6	Verleihung des Integrationspreises 2026 der Stadt Monheim am Rhein	XI/0338
7	Verlegung Verkaufsoffene Sonntage 2026 (Korrektur Beschluss vom 15.07.2026)	XI/0390
8	Ertrinkungspräventionskonzept der DLRG	XI/0355
9	Öffentlich-rechtlicher Vertrag zum Betrieb einer Feuerweherschule für die Ausbildung der Laufbahngruppe 1.2 des feuerwehrtechnischen Dienstes	XI/0357
10	Antrag der evangelischen und katholischen Jugend zur Förderung aus dem NRW Infrastrukturgesetz	XI/0342/1
11	Eingabe nach § 24 GO NRW, Verkehrsberuhigung im südlichen Stadtgebiet	XI/0320/2
12	Neuordnung der SPNV-Aufgabenträgerschaft in NRW, Gründung der Schiene NRW AöR und Umstrukturierung des Zweckverbandes go.Rheinland	XI/0354
13	Erweiterung/Neuerrichtung Rudersteganlage - Baubeschluss	XI/0344/1
14	Bebauungsplan 180M "Falkenstraße"	XI/0343
15	Direktvergabe von Verkehrsleistungen an die BSM GmbH ab 2029	XI/0365
16	Gründung der SMS Dienstleistungs GmbH & Co. KG und der SMS Verwaltungs GmbH	XI/0384
17	Nach- und Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien	XI/0389
18	Anträge zur Sozialraumanalyse der PETO-Fraktion und der SPD-Fraktion	XI/0356/1
19	Antrag zur Alternativfinanzierung für den Skatepark	XI/0388

	Kielsgraben des Ratsmitglieds Martin Brand	
20	Antrag der PETO-Fraktion zum Sachstand zum Bauvorhaben Erweiterung und Sanierung Mack-Pyramide	XI/0394
21	Mitteilungen	
22	Anfragen	

Sitzungsergebnis:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

BM Wienecke eröffnet die 6. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein (11. WP) um 17:00 Uhr. Sie stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Sie teilt mit, dass RF Vogel entschuldigt fehlt.

Für den aus dem Rat ausgeschiedenen Herrn Matika-Volkmann (PETO-Fraktion) rückt Herr Daniel Zimmermann (PETO-Fraktion) als neues Ratsmitglied nach. Dieser wird von BM Wienecke verpflichtet.

BM Wienecke schlägt vor, TOP Ö 5 abzusetzen, da dieser sich durch den Wiedereintritt von RF Schreier und RH Brcinovic in die AfD-Fraktion erledigt habe.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein setzt TOP Ö 5 von der Tagesordnung ab.

einstimmig zugestimmt

Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil - zur Kenntnis genommen

3 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

4 Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen - öffentlicher Teil - Vorlage: XI/0391 zur Kenntnis genommen

5 Ausschuss- und Gremienbesetzungen infolge der veränderten Fraktionsstärken im Rat - Vorlage: XI/0386

abgesetzt von Tagesordnung

**6 Verleihung des Integrationspreises 2026 der Stadt Monheim am Rhein
Vorlage: XI/0338**

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die Verleihung des Integrationspreises 2026 nach Empfehlung der Jury und gemäß den Richtlinien zur Vergabe des Integrationspreises an das Bündnis „Laut für Liebe“.

mehrheitlich zugestimmt

Ja 22 Nein 17 (CDU, AfD) Enthaltung 7 (SPD) Befangen 0

**7 Verlegung Verkaufsoffene Sonntage 2026 (Korrektur Beschluss vom 15.07.2026)
Vorlage: XI/0390**

Beschlussempfehlung

Die anliegenden ordnungsbehördlichen Verordnungen über die Verlegung eines bereits genehmigten verkaufsoffenen Sonntags im Advent im Jahr 2026 wird beschlossen.

Die Anlagen 1 dieser Vorlage ist Bestandteil des Beschlusses.

mehrheitlich zugestimmt

Ja 28 Nein 16 (PETO) Enthaltung 2 (RF Kops, RH Thedieck) Befangen 0

**8 Ertrinkungspräventionskonzept der DLRG
Vorlage: XI/0355**

Beschlussempfehlung

1. Die Ausführungen zum Ertrinkungspräventionskonzept der DLRG sowie die Informationen zu den bereits umgesetzten, laufenden und geplanten Maßnahmen werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche organisatorischen und finanziellen Auswirkungen aus der Umsetzung des Konzepts resultieren und hierüber im nächsten Sitzungslauf zu berichten.

einstimmig zugestimmt

Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**9 Öffentlich-rechtlicher Vertrag zum Betrieb einer Feuerwehrschieule für die Ausbildung der Laufbahngruppe 1.2 des feuerwehrtechnischen Dienstes
Vorlage: XI/0357**

Beschlussempfehlung

- 1) Der Rat stimmt dem Beitritt der Stadt Monheim am Rhein zu dem im Jahr 2023 abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem Kreis Mettmann und den beteiligten Städten zum Betrieb der Feuerwehrschieule Kreis Mettmann zum frühestmöglichen vertraglich zulässigen Zeitpunkt, voraussichtlich zum 01.01.2028, zu.
- 2) Die Verwaltung wird beauftragt, den Beitritt fristgerecht zu beantragen und die für den Beitritt erforderlichen Erklärungen abzugeben.
- 3) Die Verwaltung wird ermächtigt, redaktionellen oder rechtlich notwendigen Änderungen zuzustimmen, soweit hierdurch weder das vertragliche Belegungsrecht der Stadt eingeschränkt noch die finanziellen Verpflichtungen der Stadt wesentlich erweitert werden.
- 4) Der Beschluss des Rates vom 24.06.2020 zur Vorlage IX/2461 wird, soweit er nicht bereits erledigt ist, durch diesen Beschluss ersetzt.
- 5) Die erforderlichen Haushaltsmittel sind in den jeweiligen Haushaltsjahren bereitzustellen.

einstimmig zugestimmt

Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**10 Antrag der evangelischen und katholischen Jugend zur Förderung aus dem NRW Infrastrukturgesetz
Vorlage: XI/0342/1**

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

mehrheitlich zugestimmt

Ja 25 Nein 21 (PETO, AfD, RF Kops) Enthaltung 0 Befangen 0

**11 Eingabe nach § 24 GO NRW, Verkehrsberuhigung im südlichen Stadtgebiet
Vorlage: XI/0320/2**

Beschlussempfehlung

1. Die Positionierung von Pflanzkübeln wird mit dem Ziel überprüft, sowohl Rettungs- und Feuerwehrfahrzeuge nicht zu behindern, als auch lange Geraden und Sichtachsen zu reduzieren.
2. Es wird geprüft, ob Piktogramme „Verkehrsberuhigter Bereich“ auf der Fahrbahn angebracht werden können. Insbesondere die von der Robert-Koch-Straße abbiegende Marie-Curie-Straße sollte dazu betrachtet werden.
3. Die städtischen Dialogdisplays sollen regelmäßig in verkehrsberuhigten Bereichen des Stadtgebietes eingesetzt werden.
4. Die Verwaltung wird beauftragt Informationsflyer an die AWO-Kita Robert-Koch-Straße, die Haushalte der Robert-Koch-Straße, der Marie-Curie-Straße und des

südlichen Heerweges zu verteilen, mit dem Ziel die Regelungen für verkehrsberuhigte Bereiche verständlich zu erläutern.

einstimmig zugestimmt

Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**12 Neuordnung der SPNV-Aufgabenträgerschaft in NRW, Gründung der Schiene NRW AöR und Umstrukturierung des Zweckverbandes go.Rheinland
Vorlage: XI/0354**

Beschlussempfehlung

Durch das Stimmrecht im Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) und die in der Vorlage geplanten Änderungen bittet go.Rheinland alle Kommunen um Grundsatzbeschlüsse in den jeweiligen Ratssitzungen.

1. Der Rat nimmt die mit dem ÖPNVG-Änderungsgesetz verbundene Änderung von § 5 Abs. 1 ÖPNVG NRW n.F sowie die Neuordnung der Aufgabenträgerschaft für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Nordrhein-Westfalen mit der damit einhergehenden Notwendigkeit zur Umstrukturierung des Zweckverbandes go.Rheinland und der Gründung der Anstalt des öffentlichen Rechts „Schiene NRW AöR“ zum 01.01.2027 zur Kenntnis.
2. Der Rat stimmt der Neuordnung des Zweckverbandes go.Rheinland dem Grunde nach zu, wonach dieser künftig unmittelbar von den Verbandsmitgliedern der Kooperationsräume VRS und AVV getragen wird und nicht mehr von den Zweckverbänden AVV und VRS. Der Grundsatzzustimmung unterliegen insbesondere:
 - a) die Eingliederung der bisherigen Zweckverbände AVV und VRS in den Zweckverband go.Rheinland nach § 22a des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW),
 - b) die mit der Eingliederung verbundenen Satzungsanpassungen des Zweckverbandes go.Rheinland einschließlich der Beibehaltung eines Minderheitenschutzes zugunsten der Aachener Aufgabenträger (analog § 5 Abs. 3, § 9 Abs. 2 Satz 3 der Verbands- satzung) und
 - c) die mit der Eingliederung verbundenen Folgen der Auflösung der Zweckverbände AVV und VRS und Gesamtrechtsnachfolge des Zweckverbandes go.Rheinland.
3. Der Rat stimmt zu, dass der Zweckverband go.Rheinland, wie im ÖPNVG-Änderungsgesetz vorgegeben, einer von drei gleichberechtigten Gewährträgern der Schiene NRW AöR wird.
4. Der Rat ermächtigt und beauftragt die von ihm in die Gremien des Zweckverbandes VRS entsandten Vertreterin, den zur Umsetzung der in den Ziffern 1 bis 3 beschriebenen Neuordnung erforderlichen Beschlüssen zuzustimmen. Dies umfasst insbesondere Beschlüsse zur Eingliederung der Zweckverbände AVV und VRS in den Zweckverband go.Rheinland nach § 22a GkG NRW sowie zur Gründung der Schiene NRW AöR sowie zur Änderung der Satzung des Zweckverbandes go.Rheinland im Hinblick auf die Umstrukturierung.

einstimmig zugestimmt

Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**13 Erweiterung/Neuerrichtung Rudersteganlage - Baubeschluss
Vorlage: XI/0344/1**

RH Burghaus stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Aussprache.

mehrheitlich abgelehnt

Ja 4 (AfD) Nein 42 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschlussempfehlung

1. Ein Baubeschluss wird heute nicht gefasst. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme vor der Ausschreibung auf Einsparpotenziale und Fördermöglichkeiten zu prüfen.
2. Variantenprüfung Bauumfang. Die Verwaltung legt neben der vorgelegten Vollvariante (rd. 400.000 €) eine kostenreduzierte Variante mit Fokus auf die Verkehrssicherheit vor.
3. Förderprüfung. Die Verwaltung prüft und beantragt, soweit möglich, Zuwendungen Dritter, insbesondere:
 - Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ (SKS) des BMWStB, finanziert aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität. Für die Förderrunde SKS II sind erneut 333 Mio. Euro vorgesehen; der Projektaufruf für das Interessenbekundungsverfahren wird voraussichtlich im Herbst 2026 veröffentlicht. Die Verwaltung wird beauftragt, die Veröffentlichung des Projektaufrufs aktiv zu verfolgen und — bei Erfüllung der Förderbedingungen — fristgerecht eine Projektskizze einzureichen.
 - Sportstättenförderung des Landes NRW und des Landessportbundes

mehrheitlich zugestimmt

Ja 30 Nein 16 (PETO) Enthaltung 0 Befangen 0

**14 Bebauungsplan 180M "Falkenstraße"
Vorlage: XI/0343****Beschlussempfehlung**

1. Die Anregungen aus den öffentlichen Beteiligungen der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen zur Vorlage beschlossen.
2. Der Bebauungsplan 180M „Falkenstraße“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigelegt.

einstimmig zugestimmt

Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**15 Direktvergabe von Verkehrsleistungen an die BSM GmbH ab 2029
Vorlage: XI/0365**

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Absicht zur Inhouse-Vergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags (öDA) an die BSM nach Art. 7 Abs. 2 VO 1370/2007 und § 8a Abs. 2 PBefG in Zusammenarbeit (Mandatierung) mit dem Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr auf Basis des zwischen Verwaltung und BSM abzustimmenden Verkehrsangebots zu erarbeiten und unter Beachtung der geltenden gesetzlichen Fristen im Amtsblatt der Europäischen Union durch den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr für die Stadt veröffentlichen zu lassen.

einstimmig zugestimmt

Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**16 Gründung der SMS Dienstleistungs GmbH & Co. KG und der SMS Verwaltungs GmbH
Vorlage: XI/0384**

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein fasst im Hinblick auf die beabsichtigte Gründung und Beteiligung der MEGA Monheimer Elektrizitäts- und Gasversorgung GmbH an einer gemeinsamen Dienstleistungsgesellschaft „SMS Dienstleistungs GmbH & Co. KG“ gemeinsam mit der Stadtwerke Langenfeld GmbH, der Stadtwerke Hilden GmbH sowie der Verbandswasserwerk Langenfeld-Monheim GmbH & Co. KG (nachfolgend VWW) folgenden Beschluss:

Den städtischen Vertreterinnen und Vertretern in den Organen der Monheimer Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (nachfolgend MVV) sowie der MEGA Monheimer Elektrizitäts- und Gasversorgung GmbH (Nachfolgend MEGA) wird Weisung erteilt, folgenden Beschlussvorschlägen in den entsprechenden Gremiensitzungen zuzustimmen:

1. Die Geschäftsführungen der MVV, der MEGA sowie des VWW werden beauftragt und ermächtigt, die Gründung der gemeinsamen Dienstleistungsgesellschaft auf Grundlage der als **Anlagen 1 und 2 der nichtöffentlichen Vorlage XI/0362** beigefügten Gesellschaftsverträge der SMS Verwaltungs GmbH und der SMS Dienstleistungs GmbH & Co. KG einschließlich Geschäftsordnung der Geschäftsführung (**Anlage 3 der nichtöffentlichen Vorlage XI/0362**) vorzunehmen sowie alle hierfür erforderlichen Erklärungen abzugeben.
2. Die Geschäftsführungen der MVV, der MEGA sowie des VWW werden beauftragt und ermächtigt, die als **Anlage 4 der nichtöffentlichen Vorlage XI/0362** beigefügte Finanzierungsvereinbarung abzuschließen sowie die danach vorgesehenen Finanzmittel auch in Abweichung zum Wirtschaftsplan für das Jahr 2026 zur Verfügung zu stellen.
3. Die Geschäftsführung der MEGA wird beauftragt, nach Ziff. 7.3 des Gesellschaftsvertrages der SMS Verwaltungs GmbH Herrn Dr. Christian Reuber als Geschäftsführer der SMS Verwaltungs GmbH vorzuschlagen.
4. Die Geschäftsführungen der MVV, der MEGA sowie des VWW werden

beauftragt, alle weiteren zur Umsetzung der o.g. Beschlüsse erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Soweit hierfür weitere technische Anpassungen an den unter Ziff. 1. und 2. genannten Verträgen erforderlich sind, umfasst dieser Auftrag auch deren Umsetzung. Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder sonstigen Gründen Änderungen dieser Verträge als notwendig und zweckmäßig erweisen, soll sich die Gesellschafterversammlung mit diesen Änderungen einverstanden erklären, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

5. Die Beschlüsse zu Ziff. 1.-4. stehen unter dem Vorbehalt

- a. der Zustimmung des Rates der Stadt Köln zur Gründung der gemeinsamen Dienstleistungsgesellschaft, sowie
- b. der Freigabe bzw. Kenntnisnahme ohne Beanstandungen durch die zuständige Kommunalaufsichtsbehörde.

einstimmig zugestimmt

Ja 46 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**17 Nach- und Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien
Vorlage: XI/0389**

zur Kenntnis genommen

**18 Anträge zur Sozialraumanalyse der PETO-Fraktion und der SPD-Fraktion
Vorlage: XI/0356/1**

Beschlussempfehlung

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Sozialraumanalyse für das gesamte Stadtgebiet zu erarbeiten und daraus geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Sozialstruktur zu entwickeln, sowie momentan laufende Maßnahmen auf ihre Effizienz zu prüfen.
2. Die Durchführung erfolgt durch eine externe Beauftragung.
3. Die Umsetzung beginnt erst, sofern die Haushaltsmittel mit der Verabschiedung des nächsten Haushalts freigegeben werden.
4. Die Verwaltung soll prüfen, ob Fördermittel auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene für die Durchführung zur Verfügung stehen.
5. Die Sozialraumanalyse soll unter anderem als Grundlage für die Fortschreibung des Integrationskonzeptes dienen, um eine differenzierte Weiterentwicklung der darin enthaltenen Maßnahmen zu ermöglichen.

mehrheitlich zugestimmt

Ja 45 Nein 1 (BM) Enthaltung 0 Befangen 0

**19 Antrag zur Alternativfinanzierung für den Skatepark Kielsgraben des
Ratsmitglieds Martin Brand
Vorlage: XI/0388**

Die PETO-Fraktion stellt einen Antrag zur Sache. Da dieser der weitergehende Antrag

ist, wird über diesen zuerst abgestimmt.

Antrag der PETO-Fraktion

Der Rat der Stadt Monheim beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung der Baumaßnahme „Skateanlage Am Kielsgraben“ (Vorlage Nr. X/1272) fortzusetzen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Entlastung des städtischen Haushalts in konkrete Verhandlungen zur Akquise von Drittmitteln einzutreten. Dies umfasst die verbindliche Abklärung von öffentlichen Fördergeldern sowie die Einwerbung privatwirtschaftlicher Sponsorengelder.

mehrheitlich abgelehnt

Ja 16 (PETO) Nein 28 Enthaltung 2 (RF Kops, RH Brand) Befangen 0

Antrag des Ratsmitglieds Martin Brand

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt in Ergänzung zum Ratsbeschluss vom 11.12.2025 (Gemeinsamer Antrag zur Vorlage XI/0103):

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine ausformulierte Beschlussvorlage zur Fortführung der Baumaßnahme Skateanlage Am Kielsgraben mit einer modifizierten Finanzierungsstruktur zu erstellen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Entlastung des städtischen Haushalts in konkrete Verhandlungen zur Akquise von Drittmitteln einzutreten. Dies umfasst die verbindliche Abklärung von öffentlichen Fördergeldern sowie die Einwerbung privatwirtschaftlicher Sponsorengelder.
3. Die Vorlage zur Fortführung und die Verhandlungsergebnisse sind den zuständigen Fachausschüssen und dem Rat zwingend zeitgleich mit jener Verwaltungsvorlage zu präsentieren, die gemäß dem Ratsbeschluss vom 11.12.2025 zur Beendigung des Projekts vorgelegt werden soll.
4. Die in Vorbereitung befindliche Ausschreibung für die Herstellung der Skatefläche bleibt bis zu dieser abschließenden Entscheidung über die Beendigung oder modifizierte Fortführung ruhend gestellt.

mehrheitlich abgelehnt

Ja 2 (RF Kops, RH Brand) Nein 28 Enthaltung 16 (PETO) Befangen 0

20 Antrag der PETO-Fraktion zum Sachstand zum Bauvorhaben Erweiterung und Sanierung Mack-Pyramide Vorlage: XI/0394

Die durch die Bürgermeisterin vorgetragenen Antworten auf die Fragen sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

zur Kenntnis genommen

Die SPD-Fraktion stellt einen Antrag zur Sache.

Antrag der SPD-Fraktion

„Die Stadt Monheim am Rhein überprüft den dargestellten Sachverhalt, ggf. unter Hinzuziehung externer Rechtsberatung, weitergehend. Insbesondere soll geprüft werden, ob gegen die zum damaligen Zeitpunkt handelnden verantwortlichen Personen der Stadt Monheim am Rhein und ihrer Gesellschaft art und weise disziplinarrechtliche und/oder strafrechtliche Maßnahmen eingeleitet und zivilrechtliche Ansprüche geltend gemacht werden können.“

BM Wienecke vertritt die Auffassung, dass bei RH Zimmermann nunmehr ein Ausschlussgrund wegen Befangenheit vorliege und er somit bei der Beratung und Entscheidung in dieser Angelegenheit nicht mitwirken dürfe.

RH Zimmermann legt dar, dass er diese Rechtsauffassung nicht teile.

Da der Ausschlussgrund damit streitig ist, entscheidet hierüber gemäß § 43 Absatz 2 Nummer 4 in Verbindung mit § 31 Absatz 4 GO NRW der Rat. Herr Zimmermann nimmt an der Beratung und Abstimmung über seine eigene Befangenheit nicht teil.

Beschluss über das Vorliegen eines Ausschlussgrundes:

„Der Rat stellt fest, dass bei RH Zimmermann ein Ausschlussgrund gemäß §§ 43 Absatz 2 Nummer 4, 31 Absatz 1 Nummer 1 GO NRW besteht.“

mehrheitlich zugestimmt

Ja 30 Nein 15 (PETO) Enthaltung 0 Befangen 1 (RH Zimmermann)

RH Zimmermann erklärt, dass er das Vorgehen in dieser Angelegenheit rüge und bittet darum, dies in der Niederschrift festzuhalten.

Beschluss über den Antrag der SPD-Fraktion:**mehrheitlich zugestimmt**

Ja 30 Nein 15 (PETO) Enthaltung 0 Befangen 1 (RH Zimmermann)

21 Mitteilungen**22 Anfragen**

BM Wienecke schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:19 Uhr.

Sonja Wienecke
Bürgermeisterin

Robin Ziskofen
Schriftführer